

Die hier publizierten Beiträge wurden von dem SDG5-Netzwerk türkischer Wissenschaftlerinnen zur Verfügung gestellt. Das SDG5-Netzwerk (Security, Disaster/Development, Gender Network) betreibt transdisziplinäre Forschung, pflegt akademische Partnerschaften und koordiniert wissenschaftliche Veranstaltungen, Konferenzen und Trainingsprogramme mit speziellem Fokus auf Sicherheits-, Katastrophen-, Entwicklungs- und Genderfragen. Darüber hinaus setzt sich das SDG5-Netzwerk für Gender-Gleichheit in der akademischen Arbeit ein, indem es Kooperationen fördert, die Wissenschaftlerinnen stärken und Trainings für Universitätsstudenten anbietet, die nur begrenzte Möglichkeiten haben, kritische Theorien in Bezug auf Sicherheit, Außenpolitik und Wirtschaft zu studieren.



Geschlechtergleichheit als Herausforderung für die Türkei

Zuhal Yeşilyurt Gündüz, Burcu Sarı Karademir, Zehra Yılmaz

In der Türkei formen konservative, familialistische sowie neoliberale Rahmenbedingungen die Frauen- und Familienpolitik. Errungenschaften geraten immer mehr unter Druck. Insbesondere der Rückzug aus der Istanbul-Konvention untergräbt jahrzehntelange Fortschritte bei der Institutionalisierung von Frauenrechten. Nur durch einen transformativen Wandel der Gesellschaft kann die Vision einer nachhaltigen und inklusiven Zukunft Wirklichkeit werden.

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen (UN) beinhaltet 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) und ist ein globaler Plan für die Bekämpfung von Armut, die Förderung des Wohlstands, den Schutz der Umwelt und die Förderung von Frieden und Gerechtigkeit. Das 5. SDG beinhaltet Geschlechtergleichheit. Es stellt eine globale Verpflichtung zur Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter und zur Stärkung der Rolle aller Frauen und Mädchen dar. Dabei ist die Gleichheit der Geschlechter nicht nur ein erklärtes Ziel, sondern eine Bedingung für das Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung. Die Verwirklichung von SDG 5 ist ein Katalysator für den Fortschritt aller anderen Nachhaltigkeitsziele. Die Leistung einer Nation in Bezug auf



Auf einen Protestmarsch gegen Femizide und häusliche Gewalt tragen Demonstrantinnen Masken mit der Aufschrift: „Setzt die Istanbul Convention um“. Istanbul 5. August 2020.

SDG 5 hängt jedoch maßgeblich von der zugrunde liegenden Geschlechterordnung ab, das heißt, den rechtlichen, institutionellen und kulturellen Rahmenbedingungen, die die Geschlechterbeziehungen prägen.

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden das Geschlechterregime der Türkei daraufhin untersucht, wie konservative, familialistische sowie neoliberale Rahmenbedingungen politische Prioritäten formen und zentrale Dimensionen der Zielerreichung von SDG 5, wie Care-Arbeit, berufliche Eingliederung, politische Teilhabe und Gewalt gegen Frauen beeinflussen. Darüber hinaus zeigt dieser Beitrag auf, wie der Rückzug der Türkei aus der Istanbul-Konvention (Europarat 2011) in Verbindung mit institutionellen Verschiebungen in der Frauenpolitik sowie anhaltenden strukturellen Ungleichheiten bei der politischen und wirtschaftlichen Teilhabe die Bemühungen zur Förderung der Geschlechtergleichheit in der Türkei untergräbt.

Grundlagen des Genderregimes in der Türkei

Das Geschlechterregime in der Türkei hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich gewandelt, angetrieben durch eine Konvergenz von neoliberaler Wirtschaftspolitik, familialistischen Gesellschaftsnormen und konservativen Ideologien. Der Konservatismus unterstreicht in diesem

Zusammenhang die Bewahrung traditioneller Geschlechterrollen und beruft sich häufig auf religiöse sowie kulturelle Werte, um den Vorrang von Familienstrukturen vor individuellen Rechten, insbesondere denen der Frauen, zu rechtfertigen. Er betont die Vorstellung von Frauen als den moralischen und emotionalen Ankern der Familie und verweist sie primär auf die häusliche Sphäre als ihren Hauptverantwortungsbereich.

Der Neoliberalismus betrachtet die Rolle der Frau unter dem Gesichtspunkt ihres wirtschaftlichen Nutzens, wobei er strukturelle Hindernisse für die Gleichheit der Geschlechter meist vernachlässigt. Frauen werden als Teilzeitarbeitskräfte mit niedrigen Kosten eingestuft und außer Acht gelassen, dass sie in Doppelschicht unbezahlte Care-Arbeit leisten. Der Familialismus ergänzt dies, indem er traditionelle Geschlechterrollen stärkt und Frauen in erster Linie als Versorgerinnen und moralische Stützen von Familie, Gesellschaft und Nation darstellt. Darauf aufbauend hat sich eine Politik institutionalisiert, die die Selbstbestimmung und Autonomie der Frauen in wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Bereichen erheblich einschränkt (Yılmaz 2025).

Konservatismus und neoliberaler Familialismus haben den gesetzgeberischen Diskurs so geprägt, dass er mit den entsprechenden „nationalen und moralischen“ Werten übereinstimmt und die Familie als Eckpfeiler der Gesellschaft positioniert. Politische Maßnahmen, die unter dem Deckmantel des Schutzes der Sicherheit von Frauen oder der Förderung ihrer Selbstbestimmung ergriffen werden, zielen häufig darauf ab, ihre familiären Pflichten zu verstärken und so strukturelle Ungleichheiten aufrechtzuerhalten.

Die aktuelle Neudefinition der Rolle der Frau in der Türkei zeigt sich auch in institutionellen Veränderungen. Das Ministerium für Frauen und Familie, das ursprünglich gegründet wurde, um sich mit den Rechten der Frauen zu befassen, entwickelte sich zum Ministerium für Familie und soziale Dienste. Diese Neuausrichtung markiert einen Wendepunkt weg von der Stärkung der Rechte von Frauen als Individuen hin zu ihrer Einordnung in ein familienorientiertes Narrativ. Politische Strategien, wie der 11. und 12. Entwicklungsplan (2019-2023 und 2024-2028) (TÜRKİYE CUMHURİYETİ CUMHURBAŞKANLIĞI 2023), verstärken diesen Trend noch, indem sie familiäre Rollen betonen, während sie strukturelle Reformen, die für die Gleichheit der Geschlechter notwendig wären, vernachlässigen. Darüber hinaus verdeutlicht die Gründung eines speziellen Familieninstituts Ende des Jahres 2024 durch das Ministerium für Familie

und soziale Dienste die zunehmende Institutionalisierung familialistischer und konservativer Werte (Resmî Gazete 2024). Der Auftrag des Instituts ist es, familienorientierte Strukturen zu stärken.

Care-Arbeit: Die unsichtbare Bürde

Unbezahlte Care-Arbeit ist nach wie vor eines der größten Hindernisse bei der Verwirklichung der Geschlechtergleichheit in der Türkei. Nationalen Daten zufolge verbringen Frauen fast fünfmal mehr Stunden mit unbezahlter Hausarbeit als Männer (Türkiye İstatistik Kurumu 2023). Diese Ungleichverteilung verfestigt wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten. Sie schränkt die Fähigkeit von Frauen ein, sich voll am Erwerbsleben zu beteiligen. Sowohl der 11. als auch der 12. Entwicklungsplan betonen zwar die Bedeutung des Ausbaus von Kinderbetreuungsangeboten. Diese Maßnahmen zielen jedoch nicht darauf ab, die Kinderbetreuung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu etablieren, sondern allein darauf, die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen zu erhöhen. In den Plänen wird keine Umverteilung der Verantwortung für die Erledigung von Care-Aufgaben vorgeschlagen. Stattdessen sollen traditionelle Geschlechternormen fortbestehen, was den Fortschritt zur Erreichung von SDG 5 hemmt.

Wirtschaftliche Teilhabe am Arbeitsmarkt: Anhaltende Ungleichheiten

Der türkische Arbeitsmarkt spiegelt erhebliche geschlechtsspezifische Ungleichheiten wider. Die Erwerbsquote der Frauen liegt mit 34 Prozent deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 62 Prozent (OECD). Viele Frauen werden nach wie vor auf minderwertige Arbeit und informelle Sektoren verwiesen. Politische Initiativen zielen zwar darauf ab, Frauen in die Arbeitswelt zu integrieren, verstärken aber häufig traditionelle Geschlechterrollen, indem sie Frauen als „gebildete Mütter“ und Care weiterhin als inhärent weibliche Aufgabe darstellen. Eine Neuverteilung der Care-Arbeit mithilfe staatlicher Unterstützung und die Förderung der männlichen Beteiligung daran wären entscheidende Schritte zur Beseitigung der Ungleichheiten im Erwerbsleben (TED University Center for Gender Studies 2021). Ohne solche Maßnahmen werden Frauen weiterhin mit der Doppelbelastung von bezahlter Arbeit und unbezahlter Care-Arbeit konfrontiert sein.

Politische Partizipation: Begrenzte Fortschritte

Die politische Teilhabe von Frauen ist nach wie vor eine große Leerstelle bei der Umsetzung von SDG 5 in der Türkei. Seitdem Frauen 1935 zum ersten Mal für das Parlament kandidieren konnten, waren nur 712 der insgesamt 12.416 gewählten Mitglieder der Großen Türkischen Nationalversammlung Frauen. Nach den Parlamentswahlen im Mai 2023 haben Frauen nur 20 Prozent der Sitze im türkischen Parlament inne (Inter-Parliamentary Union 2025). Sondermaßnahmen wie die im 12. Entwicklungsplan eingeführten Quoten sind zwar ein Schritt nach vorn (TÜRKİYE CUMHURİYETİ CUMHURBAŞKANLIĞI 2019). Patriarchalische Normen und eine entsprechende Parteidynamik sowie mangelnde institutionelle Unterstützung behindern jedoch nach wie vor deutliche Fortschritte. Um eine substantielle Repräsentation von Frauen zu erreichen, müssen die patriarchalischen Hindernisse umfassend angegangen werden. Ohne strukturelle Reformen werden sich symbolische Maßnahmen nicht in einer gleichberechtigten Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen im Sinne des SDG 5 niederschlagen.

Gewalt gegen Frauen: Eine anhaltende Krise

Gewalt gegen Frauen und hohe Frauenmordraten stellen ebenfalls eine große Herausforderung für die Verwirklichung des SDG 5 in der Türkei dar. Nach Angaben der Plattform „We Will Stop Femicide“ wurden im Jahr 2024 mindestens 394 Frauen von Männern ermordet. Das stellt die höchste Zahl seit Beginn der Datenerfassung durch die Organisation im Jahr 2010 dar (Kadın Cinayetlerini Durduracağız Platformu 2024). Darüber hinaus wurden 259 Frauen unter verdächtigen Umständen tot aufgefunden. Dieser alarmierende Anstieg unterstreicht die anhaltenden Herausforderungen bei der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt im Land.

Ein entscheidender Rückschlag im Kampf für die Rechte von Frauen war auch der Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt im Jahr 2021 (Gündüz 2023). Als erstes Land, das die Konvention unterzeichnet und ratifiziert hat, stand die Türkei einst für ein fortschrittliches Engagement bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Der Rückzug aus der Konvention untergräbt jahrzehntelange Fortschritte bei der

Institutionalisierung von Frauenrechten, bedeutet die Aufkündigung internationaler Verpflichtungen und schwächt den Schutz von Frauen und Mädchen. Mit dieser Entscheidung wurde nicht nur eine wichtige Schutzebene gestrichen, sondern auch die Besorgnis erregende Botschaft vermittelt, dass der Schutz von Frauen und Mädchen in ihren Familien und die Förderung der Gleichheit der Geschlechter nicht zu den zentralen Prioritäten des Staates gehören.

Transformative Gender-Regimes – der Weg zur Gendergleichheit

Die Verwirklichung von SDG 5 erfordert einen Paradigmenwechsel in der Art und Weise, wie die Gleichheit der Geschlechter konzeptualisiert und umgesetzt wird. Für die Türkei würde das eine Abkehr von einem familienorientierten Rahmen hin zu einem auf Rechten basierenden Ansatz bedeuten, der Frauen als unabhängige Bürgerinnen mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Wünschen anerkennt. Dieser Wandel müsste eine Neudefinition des Gesellschaftsvertrags zwischen Frauen und dem Staat beinhalten, des „violetten Vertrags“ (mor sözleşme – purple contract), der die Rechte, die Sicherheit und die Stärkung der Rolle der Frau in den Mittelpunkt der Regierungsführung stellt. (Karamir 2023)

Der Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention unterstreicht die Dringlichkeit dieses Wandels. Die Konvention stellte nicht nur einen Rechtsrahmen für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen dar, sondern war auch ein wichtiges Symbol für die Angleichung der Türkei an internationale Normen. Der Austritt signalisiert einen Rückschritt im staatlichen Engagement für die Rechte der Frauen. Um den regressiven Auswirkungen dieser Entscheidung entgegenzuwirken, muss die Türkei umfassende Maßnahmen ergreifen, die der Autonomie der Frauen Vorrang einräumen, patriarchalische Normen abbauen und die Rechte der Frauen wieder stärken.

Der EU-Beitrittsprozess als Katalysator

Darüber hinaus hat der Beitrittsprozess zur Europäischen Union (EU), der einst eine wichtige Triebkraft für demokratische Reformen und Fortschritte bei den Frauenrechten in der Türkei war, enorm an Schwung verloren, was weitere Herausforderungen für

die Verwirklichung des SDG 5 mit sich bringt. Während des Höhepunkts des türkischen EU-Beitrittsprozesses ermöglichte die Angleichung der nationalen Politik an die EU-Richtlinien bedeutende Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter, einschließlich gesetzlicher Reformen und institutioneller Verbesserungen. Für die Verfechter der Frauenrechte fungierte die EU als externer Anker, der sowohl normativen Druck als auch greifbare Anreize für Fortschritte bot (Gündüz 2004).

Wenn die EU ihre Glaubwürdigkeit als Verfechterin der Menschenrechte aufrechterhalten will, muss sie aktiv auf die Türkei zugehen und die Gleichstellung der Geschlechter zu einem zentralen Bestandteil ihres Dialogs mit der Türkei machen. Darüber hinaus sollte die EU ihre Politik, die Türkei in erster Linie als Pufferzone gegen Migration zu betrachten und die Verhandlungen auf das Migrationsmanagement zu konzentrieren, kritisch überdenken. Dieser Ansatz untergräbt den demokratischen Fortschritt und schwächt den normativen Einfluss der EU in der Türkei, was die Bemühungen um die Gleichstellung der Geschlechter und breitere Menschenrechtsreformen behindert. Als Befürworterin der Gleichstellung der Geschlechter muss die EU ihre Maßnahmen mit ihren Verpflichtungen im Rahmen von Initiativen wie dem Gender-Aktionsplan III in Einklang bringen, um ein kohärentes Eintreten für die Rechte der Frauen auf globaler Ebene zu gewährleisten. Um ihre Integrität zu wahren, sollte die EU aktiv feministische Prinzipien in ihre Gespräche mit der Türkei einbeziehen und demokratische Fortschritte betonen sowie die Rechte und das Empowerment von Frauen in den Vordergrund stellen.

Ein Wandel in der politischen Strategie der EU ist nicht nur für die Türkei bedeutsam, sondern auch für den weltweiten Fortschritt im Sinne des SDG 5. Das Ziel der Geschlechtergleichheit als Querschnittsthema ist eng mit anderen SDGs verbunden, von der Armutsbekämpfung bis hin zum Aufbau internationaler Partnerschaften. Sowohl in der Türkei als auch in der EU erfordert die Verwirklichung von SDG 5 strukturelle Reformen, die die Rechte der Frauen stärken, gesellschaftliche Normen neu definieren und internationale Partnerschaften neu aufbauen helfen. Nur durch einen solchen transformativen Wandel kann die Vision einer nachhaltigen und inklusiven Zukunft Wirklichkeit werden: eine bessere Welt durch die Gleichheit der Geschlechter. 

Literaturverzeichnis

- Europarat (Hg.) (2011): Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt und erläuternder Bericht, vgl. <https://rm.coe.int/1680462535>.
- Gündüz, Zuhale Yeşilyurt (2004): The Women's Movement in Turkey. From Tanzimat towards European Union Membership. In: *Perceptions: Journal of International Affairs* 9 (3), S. 115–134, vgl. <https://dergipark.org.tr/en/download/article-file/816651>.
- Gündüz, Zuhale Yeşilyurt (2023): Für die Istanbul-Konvention. Gegen Gewalt gegenüber türkischen Frauen. In: *WeltTrends* Nr. 196, S. 73–81, vgl. <https://welttrends.de/welttrends-196-brasilien-im-umbruch/>.
- Inter-Parliamentary Union (Hg.) (2025): Women in parliament 1995-2025. <https://www.ipu.org/resources/publications/reports/2025-03/women-in-parliament-1995-2025>.
- Kadın Cinayetlerini Durduracağız Platformu (Hg.) (2024): In the first six months of 2024, 205 women were killed by men, and 117 women were found suspiciously dead, vgl. <https://kadincinayetlerinidurduracagiz.net/veriler/3114/in-the-first-six-months-of-2024-205-women-were-killed-by-men-and-117-women-were-found-suspiciously-dead>.
- Karademir, Burcu Sarı (2023): Kadın-Yurttaş İçin „Mor Sözleşme“ Mor Küçülme. (A „Purple Contract“ for The Female-Citizen: Purple Degrowth). In: *Reflektif. Journal of Social Sciences* 4 (2), S. 227–248. DOI: 10.47613/reflektif.2023.103.
- OECD (Hg.): Well-Being and Beyond GDP. Time Use Dataset, vgl. <https://www.oecd.org/en/topics/well-being-and-beyond-gdp.html?oecdcontrol-001b3c715f-chartId=10e2a46ae0&oecdcontrol-1617b854de-var1=TUR>.
- Resmî Gazete (Hg.) (2024): Aile Enstitüsü Hakkında Cumhurbaşkanlığı Kararnamesi. No. 171, vgl. <https://www.resmigazete.gov.tr/eskiler/2024/12/20241225-22.pdf>.
- TED University Center for Gender Studies (Hg.) (2021): Equal Care Manifesto For Turkey, vgl. <https://genderstudies.tedu.edu.tr/sites/default/files/docs/equal-care-manifesto-for-turkey.pdf>.
- TÜRKİYE CUMHURİYETİ CUMHURBAŞKANLIĞI (Hg.) (2019): Onikinci Kalkınma Planı (2019-2023), vgl. http://www.sbb.gov.tr/wp-content/uploads/2022/07/On_Birinci_Kalkinma_Plani-2019-2023.pdf.
- TÜRKİYE CUMHURİYETİ CUMHURBAŞKANLIĞI (Hg.) (2023):

Onikinci Kalkınma Planı (2024-28), vgl. https://www.sbb.gov.tr/wp-content/uploads/2023/12/On-Ikinci-Kalkinma-Plani_2024-2028_11122023.pdf.

Türkiye İstatistik Kurumu (Hg.) (2023): İstatistiklerle Kadın, vgl. <https://data.tuik.gov.tr/Bulten/Index?p=Istatistiklerle-Aile-2022-49683>.

Yılmaz, Zehra (2025): AKP and Its Women Policy in the re-Establishment Process of Authoritativeness in Turkey. In: Jülide Karakoç (Hg.): Authoritarian Tendencies in the Middle East: Before and After the Arab Uprising. Palgrave Macmillan, S. 150–171, vgl. https://link.springer.com/chapter/10.1057/9781137445551_7.



Assoc. Prof. Dr. Zehra Yılmaz

geb. 1980, Studium der Politikwissenschaft und Internationalen Beziehungen an der Başkent Universität, Promotion in Internationale Beziehungen an der Ankara Universität seit 2013 an der Van Yüzüncü Yıl Universität, Internationale Beziehungen, Gründungsmitglied des SDG5 Networks

zehrayilmaz@yyu.edu.tr



Dr. Burcu Sarı Karademir

geb. 1978, Studium und Promotion an der Bilkent Universität, Internationale Beziehungen. Unabhängige Wissenschaftlerin Gründungsmitglied des SDG 5 Networks

sburcu@bilkent.edu.tr



Prof. Dr. Zuhale Yeşilyurt Gündüz

geb. 1970, Studium und Promotion an der Universität Bonn, seit 2012 an der TED Universität in Ankara, Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen. Senior Research Fellow am WeltTrends-Institut für Internationale Politik. Gründungsmitglied des SDG 5 Networks

zuhale.gunduz@tedu.edu.tr

Feministische Außenpolitik in Zeiten des Anti-Gender-Backlashs: Der Fall Mexiko

Esra Akgemci

Seit einem Jahrzehnt verfolgen einige Staaten eine feministische Außenpolitik. Diese repräsentiert die Hoffnung auf einen schnelleren Abbau des Gendergaps und damit auf soziale Gerechtigkeit. Der feministische Ansatz trägt zu einer nachhaltigen und friedlichen Zukunft bei, indem er über das traditionelle Verständnis von staatlicher Sicherheit hinausgeht. Vorreiter dieser Politik war Mexiko. Wie in anderen Staaten zeigt sich auch hier ein Rückfall. Feministische Außenpolitik droht zu einer Form von Nation Branding zu verkümmern, das dazu dient, die anhaltende strukturelle Diskriminierung von Frauen zu verschleiern.

Im Jahr 2014 hat weltweit erstmals Schweden eine feministische Außenpolitik eingeführt. Sie zielt darauf ab, das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter in die Außenpolitik zu integrieren. Schweden entwickelte einen sogenannten 3-R-Ansatz für die Umsetzung: Rechte, Repräsentation und Ressourcen. *Rechte* betont, dass Frauenrechte Menschenrechte sind. *Repräsentation* soll sicherstellen, dass sich Frauen auf allen Ebenen an der Entscheidungsfindung beteiligen können und *Ressourcen*, dass Mittel zur Finanzierung von Gleichstellungsinitiativen bereitgestellt werden. Nach einem Jahr wurde ein viertes „R“ für *Realität* hinzugefügt, da die Umsetzung dieser Politik eine enorme Herausforderung darstellt. Das schwedische Modell hat nach wie vor Vorbildcharakter für Länder wie Kanada, Spanien, Deutschland, Luxemburg und Mexiko, die den gleichen Weg einschlugen. Im Jahr 2022 beschloss die neue konservative Regierung Schwedens jedoch, auf die Verwendung des Begriffs der feministischen Außenpolitik zu verzichten und erklärte, das Etikett „feministisch“ könne kontraproduktiv sein. Zugleich bekräftigte sie ihr Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter.

Die Herausforderungen in der Umsetzung feministischer Außenpolitik

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine lieferte der schwedischen Regierung einen Vorwand, sich aus der feministischen Außenpolitik zurückzuziehen. Der neue schwedische Außenminister Tobias Billström erklärte,

die Bedrohung richte sich nicht nur gegen die Freiheit der Ukraine, sondern auch gegen die Freiheit in Schweden, dessen „Sicherheitsordnung“ als bedroht angesehen wurde. Der folgende NATO-Beitrittsprozess, das Setzen auf Aufrüstung und die Solidarität mit der Ukraine stellten eine Militarisierung der Politik dar (Walfridsson 2023). Auch Deutschland hat nach dem Beginn des Ukrainekrieges seine feministische Außenpolitik zurückgefahren, stellte die nationale Sicherheit wieder in den Mittelpunkt und konzentrierte sich auf „die Interessen der deutschen Außenpolitik“ und „feste Prinzipien und Pragmatismus“ (Pierobon 2023).

Auch das Aufkommen von Anti-Gender-Bewegungen, die für traditionelle Geschlechterrollen eintreten, hat zahlreiche negative Auswirkungen auf den institutionellen, rechtlichen und politischen Rahmen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt. Deshalb ist die Verknüpfung politischer Trends mit dem Bereich der Außenpolitik sehr wichtig, insbesondere in den Ländern des Globalen Südens, in denen die Bedingungen für Frauen schlechter sind als in den Ländern des Nordens.

Kontroversen der Feministischen Außenpolitik Mexikos

Mexiko war das erste Land im Globalen Süden, das eine feministische Außenpolitik einführte. Diese Politik basiert auf fünf Grundsätzen: die Gleichstellung der Geschlechter, Geschlechterparität auf allen Ebenen des Außenministeriums, Bekämpfung aller Formen geschlechtsspezifischer Gewalt, auch innerhalb des Außenministeriums, Sichtbarkeit der Gleichstellung und intersektionaler Feminismus (Government of Mexico 2020).

Um die feministische Außenpolitik Mexikos in der Praxis umzusetzen, wurden für jeden dieser Bereiche spezifische Schritte festgelegt: unter anderem die Unterstützung des HeforShe-Programms, die Zertifizierung von Gleichstellung und Nichtdiskriminierung im Arbeitsleben, die Entwicklung von Schulungen, Workshops und Arbeitsgruppen mit wichtigen Akteuren und die Einrichtung eines sicheren und gewaltfreien Raums in der Nähe des Außenministeriums. Mexiko hat seine feministische Außenpolitik auch mit der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verknüpft und sich darauf konzentriert, seine Politik zu nutzen, um internationale Partnerschaften zur Bekämpfung intersektioneller Ungerechtigkeiten zu fördern.

Laut Martha Delgado, ehemalige Vizeministerin für multilaterale Angelegenheiten und Menschenrechte Mexikos, deren Amt die feministische

Außenpolitik koordiniert, hat diese Außenpolitik sowohl innenpolitische bzw. gesellschaftliche Auswirkungen als auch internationale Implikationen (Delgado 2020). In diesem Sinne zielt sie, ähnlich wie die spanische feministische Außenpolitik, auf strukturelle Veränderungen ab. Allerdings herrschte von Anfang an eine weit verbreitete Skepsis gegenüber Mexikos Engagement für diese Politik (Foster und Markham 2024, S. 70). Während die Ziele der feministischen Außenpolitik ermutigend sind, haben FeministInnen auf „die Inkohärenz zwischen den Bestrebungen des Landes und dem tatsächlichen Stand der Geschlechterbeziehungen im Land“ hingewiesen (Deslandes 2020).

In Mexiko werden jeden Tag durchschnittlich zwölf Frauen ermordet und Mexiko gilt als einer der gewalttätigsten Staaten der Welt. Während feministische Außenpolitik die Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt als eine ihrer Prioritäten proklamiert, kritisieren FrauenrechtlerInnen die Untätigkeit der Regierung und die mangelnde Anerkennung von häuslicher Gewalt, staatlicher Gewalt und Femizid (Deslandes 2020). Trotz der Ausrufung einer feministischen Außenpolitik wurden die Mittel für die mexikanische Bundesbehörde zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Inmujeres) gekürzt (Foster und Markham 2024, S. 70).

Der Antifeminismus des mexikanischen Präsidenten Obrador

Kritik an dieser Art von Außenpolitik wurde auch direkt vom mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador geübt, der der feministischen Bewegung offen feindlich gegenüberstand. Der linke Politiker behauptete zum Beispiel, das Thema Femizid sei „von den Medien manipuliert worden“ (Kitroeff 2020) und beschuldigte FeministInnen, sich gegen seine Regierung zu verschwören. Ein weiterer Faktor, der Mexikos feministische Außenpolitik erschwerte, war die rasche Militarisierung unter Obrador. Der erleichterte Zugang zu Schusswaffen, die Aufstockung des Militärbudgets um 50 Prozent und des Militärpersonals um 25 Prozent sowie die Übernahme einiger Aufgaben der öffentlichen Sicherheit durch das Militär widersprechen feministischen Grundsätzen.

Obrador kam 2018 an die Macht, als die sogenannte „*pink tide*“ („rosa Flut“) der linken, progressiven Politik in ganz Lateinamerika an Schwung verlor und die Rechte Wahlen gewann. Der Sieg von Jair Bolsonaro, einem rechtsextremen Kandidaten mit frauenfeindlicher und homophober Rhetorik, bei den Wahlen in Brasilien 2018 war einer der bedeutendsten Siege

der neuen Rechten in Lateinamerika. Bolsonaro argumentierte unter anderem, dass Frauen weniger verdienen sollten, weil sie schwanger werden würden, oder, dass Frauen nicht über Femizide „jammern“ sollten. Zu einer Abgeordneten sagte er, sie sei „zu hässlich, um sie zu vergewaltigen“.

Auseinandersetzung mit Antifeminismus von rechts und links

Einer der grundlegendsten Aspekte des Neokonservatismus, der in letzter Zeit in Lateinamerika und auf der ganzen Welt an Zugkraft gewonnen hat, dreht sich um die Verteidigung von „Werten“, wie Familie, Heimat, Pflicht, Ordnung und Patriarchat. Die damit verbundene Anti-Gender-Bewegung, die sich gegen Fortschritte bei den Frauenrechten wendet, verfolgt eine breite Agenda und greift eine vermeintliche „Gender-Ideologie“ an, um gegen die Gleichstellung der Geschlechter, das Recht auf Abtreibung, Sexualerziehung und LGBTQ+-Rechte Widerstand zu leisten. Für die Konservativen stellt das Aufflammen des feministischen Kampfes eine bequeme „Bedrohung“ dar: „Männer werden ihre dominante Stellung verlieren!“ In diesem Zusammenhang manifestiert sich die „moralische Panik“ als eine „Krise der Männlichkeit“. Wenn autoritäre Populisten vom Schutz der Familie und der Heimat sprechen, meinen sie im Wesentlichen den Schutz ihrer Männlichkeit. In diesem globalen Kontext ist die Verteidigung der Gleichberechtigung der Geschlechter, die von ihren Gegnern oft mit „Kommunismus“ oder „Totalitarismus“ gleichgesetzt wird, weltweit zu einem zentralen Kampfplatz geworden. Daher sind feministische Analysen der internationalen Politik, die aufdecken, wie Machtbeziehungen vergeschlechtlicht sind, wichtiger denn je.

Die Situation in Mexiko zeigt, dass Anti-Feminismus nicht nur mit konservativen oder rechtsextremen Regierungen verbunden ist. Die progressive Obrador-Regierung hat ein neues historisches Kapitel eingeleitet, das als „Vierte Transformation“ (Cuarta Transformación – 4T) bekannt wurde und auf einer post-neoliberalen Vision basiert. Diese zielt darauf ab, die Dominanz der USA in Mexiko in Frage zu stellen, soziale Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten, die durch die neoliberale Politik aufrechterhalten werden, zu beseitigen und demokratische Praktiken durch partizipatorische Mechanismen zu verbessern. Dieser Prozess hat jedoch zu Konflikten zwischen den sozialen Bewegungen – vor allem den Frauenbewegungen – und der Regierung geführt. Der Präsident bediente sich einer anti-feministischen Rhetorik, die feministische Initiativen oft

untergrub. Während die fortschrittliche Regierung versuchte, ihre Beziehungen zu den sozialen Bewegungen zu verbessern, wurden die Frauenbewegungen häufig aus den Entscheidungsprozessen ausgegrenzt.

Feministische Außenpolitik als ein Instrument gegen den Anti-Gender-Backlash

In Zeiten des Anti-Gender-Backlash kann die feministische Außenpolitik dazu beitragen, denjenigen entgegenzutreten, die sich in verschiedenen Kontexten und Arenen gegen die Gleichstellung der Geschlechter stellen. Diese Außenpolitik sollte jedoch einen intersektionellen Ansatz verfolgen, der die künstliche Trennung von internen und externen Entwicklungen überwindet und sich mit allen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten befasst. Unter der Führung der im Jahr 2024 gewählten, ersten weiblichen Präsidentin, Claudia Sheinbaum, steht die mexikanische Regierung zunehmend vor der Herausforderung, eine transformative Gender-Agenda zu formulieren, die im eigenen Land beginnt.

Die Unterstützung sozialer Bewegungen – darunter nicht nur der Frauen-, sondern auch von LGBTQ+-Bewegungen – und die Schaffung von Mechanismen für ihre Beteiligung an außenpolitischen Entscheidungsprozessen, das Einfordern von Geschlechtergerechtigkeit, die Auseinandersetzung mit den Ursachen und Strategien des Backlash und die Bekämpfung von Anti-Gender-Bewegungen sollten als dringende Prioritäten feministischer Außenpolitik angesehen werden (Khan et al. 2003). Andernfalls wäre feministische Außenpolitik nichts weiter als eine Form von *Nation Branding* oder *Pinkwashing*, die dazu dient, die anhaltende strukturelle Diskriminierung vor allem von Frauen zu verschleiern.

Die Zukunft der mexikanischen feministischen Außenpolitik

Die feministische Außenpolitik Mexikos wird dafür kritisiert, dass sie als Strategie der offiziellen Diplomatie und der internationalen politischen Kommunikation dient, um das Land auf globaler Ebene zu fördern (Muñiz 2024). Vor allem die steigende Zahl von Femiziden bei gleichzeitiger Umsetzung einer feministischen Außenpolitik trägt dazu bei, dass Letztere eher als eine Initiative zur politischen Kommunikation denn als ein echtes Engagement der Regierung für die Rechte von Frauen und Gleichberechtigung wahrgenommen wird.

Unbeschadet dessen präsentiert sich Mexiko mit seiner feministischen Außenpolitik auf der internationalen Bühne als Befürworterin der Menschenrechte und der Gleichstellung der Geschlechter und pflegt strategische Beziehungen zu anderen Regierungen, wie der kanadischen, sowie zu internationalen Organisationen, wie UN Women. Mexiko scheint bestrebt zu sein, eine neue Identität als „das erste Land im Globalen Süden und in Lateinamerika, das die feministische Außenpolitik einführt“, zu entwickeln und das Narrativ, dass es „ein Land mit einer Macho-Kultur ist, die durch hohe Gewalt- und Femizid-Raten, Drogenhandel und Korruption gekennzeichnet ist“, strategisch verändern zu wollen (Runyan 2024).

Allerdings wird die feministische Außenpolitik den Militarisierungsprozess im Land lediglich legitimieren, wenn es die Frage der inneren und äußeren Sicherheit nicht aus einer feministischen Perspektive angeht. Daher sollte die Regierung Sheinbaum eine Diplomatie betreiben, die strukturelle Ungleichheiten zu beseitigen versucht und sicherstellt, dass der 4T-Prozess feministisch ist. Erste Schritte sollten ein koordinierter Einsatz für den Schutz der hart erkämpften Errungenschaften der Geschlechtergerechtigkeit seit den 1990er Jahren und die Nutzung der kollektiven diplomatischen Macht sein, um sich in einem feindlichen globalen politischen Umfeld zurechtzufinden. 

Literaturverzeichnis

- Delgado, Martha (2020): Mexico's feminist foreign policy. In: TPQ, S. 35–39, vgl. <https://martha.org.mx/una-politica-con-causa/wp-content/uploads/2020/06/Mexico%E2%80%99s-Feminist-Foreign-Policy-1.pdf>.
- Deslandes, Ann (2020): Checking In on Mexico's Feminist Foreign Policy. In: *Foreign Policy* (30), vgl. <https://foreignpolicy.com/2020/12/30/mexico-feminist-foreign-policy-one-year-in/>.
- Foster, Stephenie / Markham, Susan A. (2024): *Feminist foreign policy in theory and in practice. An introduction*. Routledge, Abingdon, Oxon, New York, NY.
- Government of Mexico (Hg.) (2020): Press Release 15. Mexico Adopts Feminist Foreign Policy, vgl. <https://www.gob.mx/sre/prensa/mexico-adopts-feminist-foreign-policy?idiom=en>.
- Khan, Ayesha / Tant, Emilie / Michalko, Ján (2003): Where next for feminist foreign policy on countering anti-gender backlash? In: ODI Policy Brief, vgl. <https://odi.org/en/publications/feminist-foreign-policy-countering-anti-gender-backlash/>.

- Kitroeff, Natalie (2020): Mexico's President Says Most Domestic Violence Calls Are 'Fake'. In: The New York Times, 31. Mai 2020, vgl. <https://www.nytimes.com/2020/05/31/world/americas/violence-women-mexico-president.html>.
- Muñiz, Daniela Lemus (2024): La Política Exterior Feminista de la 4T: el feminismo como estrategia de comunicación política internacional, entre la diplomacia pública y la gestión de la marca-país. In: Encrucijada revista electrónica del Centro de Estudios en Administración Pública (46), S. 29–53. DOI: 10.22201/fcpys.20071949e.2024.46.87582.
- Pierobon, Chiara (2023): Shaping German Feminist Foreign Policy in Times of Conflict in Ukraine. In: Anja Mihr und Chiara Pierobon (Hg.): Polarization, Shifting Borders and Liquid Governance. Studies on Transformation and Development in the OSCE Region Springer, S. 285–300.
- Runyan, Anne Sisson (2024): Problematizing "Security" in Citizen Security: A feminist security studies critique of Mexico's "feminist" foreign policy and women, peace and security projects. In: Latin American Policy 15 (1), S. 39–54, vgl. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/lamp.12331>.
- Walfridsson, Hanna (2023): The Rise and Fall of the First Feminist Foreign Policy: Understanding Sweden's Unprecedented Policy Approach Between 2014 – 2022 and the Role of Norm Entrepreneurship. Masterarbeit. Malmö University, vgl. <https://urn.kb.se/resolve?urn=urn%3Anbn%3Ase%3Amau%3Adiva-59707>.

Assoc. Prof. Dr. Esra Akgemci

geb. 1984, Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Hacettepe Universität, MA und Promotion in Internationale Beziehungen an der Universität Ankara. Seit 2020 an der Selçuk Universität, Internationale Beziehungen
esra.akgemci@selcuk.edu.tr



„Patronen sind billiger als Zucker“

Der Gazakrieg und die Agenda der Vereinten Nationen
für Frauen, Frieden und Sicherheit

Gülriz Şen

Aktuell wird die Women, Peace and Security-Agenda (WPS) in den endlosen Kriegen im Nahen Osten auf die Probe gestellt. Insbesondere der Gazakrieg offenbarte die große Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die Palästinenser in Gaza sehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Ob die WPS-Agenda dazu beiträgt, den Konflikt zumindest zu befrieden, ist mehr als fraglich.

Die Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Oktober 2000 (UNSCR 1325) ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer geschlechtersensiblen Politik in den internationalen Beziehungen. Sie markiert den Beginn der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ (Women, Peace and Security, WPS), in der die Rolle der Frauen in Friedens- und Sicherheitsprozessen betont wird (Cohn et al. 2004). Die Resolution hebt die wichtige Rolle von Frauen bei der Konfliktverhütung und -beilegung sowie bei der Friedenskonsolidierung hervor und thematisiert die geschlechtsspezifischen Risiken und Folgen bewaffneter Konflikte. Der Resolution zufolge sollen Frauen gleichberechtigt in Bemühungen um die Erhaltung und Förderung von Frieden und Sicherheit einbezogen werden und eine größere Rolle in der Konfliktverhütung und -beilegung spielen. Die Resolution benennt vier Säulen: Prävention, Schutz, Beteiligung und Wiedergutmachung (UN Security Council).

Obwohl sich der Sicherheitsrat seit dem Jahr 2000 mit weiteren Resolutionen um die Institutionalisierung der UNSCR 1325 und der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ bemüht hat, wird die Agenda in jedem Konflikt und jedem Krieg unterlaufen.

Herausforderungen für die WPS-Agenda im Nahen Osten

Aktuell wird die WPS-Agenda im Nahen Osten auf die Probe gestellt, wo sowohl physische als auch strukturelle Gewalt vorherrschen. Wenn wir uns die aktuellen Entwicklungen in der Region ansehen, haben die

Arabischen Aufstände, auch bekannt als „Arabischer Frühling“, Bürgerkriege in der Region ausgelöst, die seit mehr als einem Jahrzehnt andauern. Dabei verloren Tausende Zivilisten in Syrien, Libyen und im Jemen ihr Leben oder waren gezwungen, innerhalb und außerhalb des Landes zu migrieren. Diese Kriege verschärften nicht nur die sozialen Bruchlinien, sondern verursachten auch irreparable Schäden im Bereich grundlegender Dienstleistungen und Infrastrukturen wie Bildung und Gesundheit.

Obwohl die Palästina-Frage, Auslöser eines der ältesten Konflikte in der modernen Nahostpolitik, eine Zeit lang ein randständiges Dasein fristete, kehrte sie mit dem Gazakrieg wieder auf die Tagesordnung zurück. Der Krieg in Gaza, der im Oktober 2023 neu ausbrach, konnte nach fünfzehn Monaten nur teilweise durch einen Waffenstillstand beendet werden. Im Libanon herrscht infolge des sich verschärfenden Konflikts zwischen Israel und der Hisbollah ebenfalls nur ein brüchiger Waffenstillstand. In Syrien, das seit dem „Arabischen Frühling“ im geopolitischen Fokus stand, begann mit dem Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024 eine „fragile“ Übergangsperiode.

Die langfristigen Auswirkungen von Krieg und Gewalt zeigen sich nicht nur in den aktuellen Konfliktgebieten, sondern auch in Postkonfliktgesellschaften wie dem Irak. Die „Feminisierung der Armut“ als Folge von Menschen- und Frauenrechtsverletzungen durch autoritäre Regierungen, wirtschaftliche Instabilität und Einkommensungleichheit sowie das Fortbestehen des Patriarchats im privaten und öffentlichen Leben zeigen, dass weiterhin strukturelle Probleme und Bedrohungen für die Sicherheit, das Wohlergehen und die Rechte von Frauen und Mädchen in der Region bestehen (Rishmawi 2020). Laut dem vom Weltwirtschaftsforum erstellten Global Gender Gap-Bericht 2024 rangiert die Region im Vergleich zu anderen Regionen im Hinblick auf Teilindizes wie politische Teilhabe, wirtschaftliche Chancen und Beschäftigung, Gesundheit und Bildung auf den hinteren Plätzen (World Economic Forum 2024).

Dieses pessimistische Bild soll nicht die Errungenschaften von Frauenrechtlerinnen im Nahen Osten abwerten. Das feministische Bewusstsein und die Bemühungen von feministischen und Frauen-Nichtregierungsorganisationen in der gesamten Region sind vielversprechend. Der Gazakrieg offenbart jedoch die große Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Umsetzung der WPS-Agenda. Mehr noch verschärft er die bestehende strukturelle Gewalt und Ungleichheiten in der Region.

Die Dynamik des Gazakrieges: Weder Frieden noch Sicherheit für Frauen

Im September 2024 veröffentlichte Oxfam International einen Bericht zu den verheerenden Auswirkungen des Krieges in Gaza. Demzufolge griff Israel alle vier Stunden Wohnsiedlungen in Gaza an, alle siebzehn Stunden Zelte und provisorische Lager, alle vier Tage Schulen und Krankenhäuser sowie alle fünfzehn Tage Verteilungsstellen und Lagerhäuser für Hilfsgüter, ohne dabei zwischen militärischen Zielen und Zivilisten zu unterscheiden (Oxfam International 2024). Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums verloren bis zur Erzielung des Waffenstillstandsabkommens am 15. Januar 2025 in Gaza 46.600 Zivilisten ihr Leben. Zwar sind genaue Zahlen aufgrund des andauernden Konflikts und der Schwierigkeit, zerstörte Gebäude zu identifizieren, nicht verfügbar, dennoch ist nach Schätzungen von Reuters davon auszugehen, dass die von palästinensischen Quellen bekannt gegebene Zahl mehr als zehnmal höher ist als in jedem anderen Krieg in Gaza seit 2008 (Farge und Al-Mughrabi 2025). Laut einer im Juli 2024 in „The Lancet“ veröffentlichten Studie könnte die Zahl der Todesopfer in Gaza mehr als 186.000 betragen, wenn man die Opfer von Hunger und fehlender medizinischer Versorgung mit einrechnet (Khatib et al. 2024).

Der von UN Women im sechsten Kriegsmonat veröffentlichte Bericht „Gender Alert in Gaza“ gibt an, dass bis dahin mehr als 10.000 Frauen und 6.000 Mütter im Krieg getötet wurden und 19.000 Waisenkinder zurückgeblieben sind (UN Woman 2024a). Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu 70 Prozent der zivilen Kriegsoffer in Gaza Frauen und Kinder sind (UN News 2024). Der Gazakrieg hat einmal mehr sehr deutlich gezeigt, dass Frauen in kriegesischen Konflikten unverhältnismäßigen Sicherheitsrisiken ausgesetzt sind (Oxfam International 2024). Auch Israel ist davon betroffen. Unter den 1.200 Menschen, die bei dem Angriff der Hamas auf israelische Siedlungen am 7. Oktober 2023 ums Leben gekommen sind, befanden sich mindestens 282 Frauen und 36 Kinder.

Betrachtet man die geschlechtsspezifischen Auswirkungen des Krieges in Gaza auf die davon betroffenen Frauen und Mädchen, so hatten vor dem Waffenstillstand Anfang des Jahres 2025 mehr als eine Million von ihnen kaum Zugang zu Nahrungsmitteln, sauberem Wasser, Toiletten oder Damenbinden. Unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen kam es vor allem bei Kindern vermehrt zur schweren Erkrankungen und

Impfmaßnahmen konnten nicht durchgeführt werden. Nahrungsmittelknappheit bedeutet lebensbedrohliche Risiken für stillende Mütter und Kinder (UN Woman 2024b). Im April 2024 waren laut UN Bevölkerungsfonds mehr als 15.000 schwangere Frauen und ihre Babys in Gaza akut von Hunger bedroht (UNFPA 2024).

Hinzu kommt die erhöhte Gefahr, im israelisch-palästinensischen Konflikt Opfer von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt zu werden. Ein Bericht der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission über Verbrechen in den besetzten palästinensischen Gebieten vom Juni 2024 kommt zu dem Ergebnis, dass sowohl Israel als auch die Hamas sexuelle Gewalt und Folter sowie gezielte Angriffe auf Zivilisten begangen haben (United Nations 2024). Beide Seiten bestreiten die Vorwürfe und nutzen die Berichte und Einschätzungen internationaler Organisationen und von Menschenrechtsorganisationen, um jeweils ihre eigenen Argumente zu untermauern und die internationale öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Im Zusammenhang mit den Hamas-Angriffen vom 7. Oktober gab es Berichte über Vergewaltigungen und andere Formen sexueller Gewalt gegen weibliche Zivilisten durch Angehörige der Hamas. Außerdem wird der Hamas vorgeworfen, sexuelle Gewalt gegenüber israelischen Geiseln auszuüben, die sich in ihrer Hand befinden. Der Bericht einer Untersuchungskommission stellt zugleich fest, dass die israelische Armee nicht nur während der Bodenoperation in Gaza, sondern auch während der Evakuierungs- und Festnahmeoperationen in Ostjerusalem und im Westjordanland sexuelle Gewalt gegen palästinensische Frauen, Männer und Kinder verübt hat (Marteu 2024).

Die WPS-Agenda im Gaza-Krieg

Die WPS-Agenda sieht vor, dass alle Staaten Nationale Aktionspläne zu ihrer Umsetzung erstellen. Auch die palästinensische Regierung hat solche Aktionspläne verabschiedet. Der erste galt für die Jahre 2017-2019, der zweite für die Jahre 2020-2024. Der erste Plan basierte auf den oben genannten vier Säulen des WPS. Er zielte darauf ab, palästinensische Frauen und Mädchen vor den Auswirkungen der Besatzung und des schwelenden Nahostkonflikts zu schützen, Israel für die Besatzung zur Rechenschaft zu ziehen und die Beteiligung palästinensischer Frauen an lokalen und internationalen Entscheidungsprozessen zu stärken. Der

zweite Plan unterstrich diese Ziele, sah aber auch Maßnahmen vor, die der neuen Dynamik der Besatzungsbedingungen entsprachen. Dafür ist der Schutz palästinensischer Frauen und Mädchen im Jordantal als Ziel neu aufgenommen worden, außerdem die Stärkung von Frauen in Genesungs- und Rehabilitationsmaßnahmen nach einer Covid-19 Infektion.

Betrachtet man die WPS-Agenda im Zusammenhang mit dem Krieg in Gaza, wird deutlich, dass in Gaza weder geeignete Maßnahmen zur Konfliktprävention noch zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Gewalt oder zur Beteiligung und Wiedergutmachung umgesetzt wurden. Der Konflikt wurde nicht nur nicht verhindert, sondern darüber hinaus wurden hier auch die Grundsätze des Völkerrechts, die das Leben der Zivilbevölkerung schützen sollen, missachtet. Unter Bedingungen, in denen die gesamte physische Infrastruktur zusammengebrochen ist und die Zivilbevölkerung vertrieben wurde, sind die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um Hilfe und Wiederaufbau weitgehend erfolglos, zumal der Konflikt andauert.

Angesichts dessen wird deutlich, dass die WPS-Agenda beim Schutz von Frauen vor Gewalt in Konflikten in Gaza versagt hat, trotz aller Bemühungen von Institutionen der Vereinten Nationen wie UN Women und dem UN-Bevölkerungsfonds. Die Agenda, die darauf abzielt, Frauen zu einem Akteur im Streben nach Frieden und Sicherheit zu machen, ist in einer Zeit, in der die internationalen diplomatischen Bemühungen zur Gründung des palästinensischen Staates ins Stocken geraten bzw. unterbrochen sind, kaum mehr anwendbar.

Frieden und Sicherheit für Frauen in Palästina und der Region?

Nach mehr als fünfzehn Monaten Krieg handelten die Hamas und Israel kurz vor dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump am 15. Januar 2025 einen Waffenstillstand aus. Schrittweise wurden seitdem Geiseln und Gefangene ausgetauscht. In Gaza trafen Lebensmitteltransporte für die hungernden Palästinenser ein und Menschen, die vor den Angriffen entlang der Küste geflohen waren, begannen in ihre Häuser im Norden zurückzukehren. Während die Verhandlungen über einen dauerhaften Waffenstillstand weitergehen, fachte der neue US-Präsident Trump den Konflikt mit seinem Vorschlag wieder an, die Bevölkerung Gazas in andere Länder umsiedeln und die Kontrolle über Gaza selbst übernehmen zu wollen.

Die Palästinenser in Gaza sehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Inwieweit die WPS-Agenda dabei eine Rolle spielt und dazu beiträgt, den Konflikt zumindest zu befrieden, ist mehr als fraglich. Die Entwicklungen scheinen feministischen Kritikerinnen der Agenda Recht zu geben, die deren weltweite Umsetzbarkeit anzweifeln, solange Gesellschaften sich (weiter) militarisieren und Krieg sowie Patriarchat reproduzieren. Auch wenn die Waffen in Palästina schweigen, existiert die strukturelle Gewalt weiter.

Ob die WPS-Agenda in der Palästina-Frage einmal zum Tragen kommt, wird in erster Linie von der Gründung und konkreten Beschaffenheit eines palästinensischen Staates abhängen. Dabei muss die internationale Gemeinschaft eine konstruktive Rolle spielen und den Geist der WPS-Agenda mit Leben erfüllen. Das heißt, diplomatische Schritte für einen geschlechtersensiblen Frieden zu unternehmen und sich für einen partizipativen sozialen Wiederaufbau sowie die Wiedergutmachung erlittenen Unrechts in Palästina in der Zeit nach dem Konflikt einzusetzen. 

Literaturverzeichnis:

- Cohn, Carol / Kinsella, Helen / Gibbings, Sheri (2004): Women, Peace and Security Resolution 1325. In: *International Feminist Journal of Politics* 6 (1), S. 130–140. DOI: 10.1080/1461674032000165969.
- Farge, Emma / Al-Mughrabi, Nidal (2025): Gaza death toll. How many Palestinians has Israel's offensive killed? Hg. v. Reuters, vgl. <https://www.reuters.com/world/middle-east/how-many-palestinians-has-israels-gaza-offensive-killed-2025-01-15/>.
- Khatib, Rasha / McKee, Martin / Yusuf, Salim (2024): Counting the dead in Gaza. difficult but essential. In: *The Lancet* Volume 404, 10.07.2024 (Issue 10449), S. 237–238, vgl. [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(24\)01169-3/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(24)01169-3/fulltext).
- Marteu, Elisabeth (2024): The Israeli-Palestinian Conflict and the Gaza War through a Gender Lens. IEMed, vgl. <https://www.iemed.org/publication/the-israeli-palestinian-conflict-and-the-gaza-war-through-a-gender-lens/>.
- Oxfam International (Hg.) (2024): More women and children killed in Gaza by Israeli military than any other recent conflict in a single year, vgl. <https://www.oxfam.org/en/press-releases/more-women-and-children-killed-gaza-israeli-military-any-other-recent-conflict>.

- Rishmawi, Mervat (2020): Bullets are Cheaper than Sugar. The Need for New Approaches to the Women, Peace and Security Agenda in the MENA Region. In: Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) Policy Brief, vgl. https://www.wilpf.org/wp-content/uploads/2020/12/WILPF_WPS-Agenda-in-MENA_Web-1.pdf.
- UN News (Hg.) (2024): Two mothers killed each hour in Gaza conflict, UN Women, vgl. <https://news.un.org/en/story/2024/01/1145707>.
- UN Security Council (Hg.): Resolution 1325 (2000), vgl. <https://documents.un.org/doc/undoc/gen/n00/720/18/pdf/n0072018.pdf>.
- UN Woman (Hg.) (2024a): Gender alert: carcacity and fear: A gender analysis of the impact of the war in Gaza on vital services essential to women's and girls' health, safety, and dignity – Water, sanitation, and hygiene (WASH), vgl. <https://www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2024/04/gender-alert-gender-analysis-of-the-impact-of-the-war-in-gaza-on-vital-services-essential-to-womens-and-girls-health-safety-and-dignity>.
- UN Woman (Hg.) (2024b): Gender alert: Gaza: A war on women's health, vgl. <https://www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2024/09/gender-alert-gaza-a-war-on-womens-health-hq>.
- UNFPA (Hg.) (2024): Palestine Situation Report #7, vgl. <https://www.unfpa.org/resources/unfpa-palestine-situation-report-7-6-april-2024>.
- United Nations (Hg.) (2024): Report of the Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel – Advance unedited version (A/HRC/56/26). Fifty sixth session, vgl. <https://www.un.org/unispal/document/coi-report-a-hrc-56-26-27may24/>.
- World Economic Forum (Hg.) (2024): Global Gender Gap Report, vgl. <https://www.weforum.org/publications/global-gender-gap-report-2024>.



Assist. Prof. Dr. Gülriz Şen

geb. 1982, Studium der Internationalen Beziehungen an der METU, MA an der Katholieke Universiteit Leuven, Promotion an der METU. Seit 2015 an der TOBB ETÜ, Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen
g.sen@etu.edu.tr